

- 3) sich nicht im Vollgenuß der bürgerlichen Ehrenrechte befindet,
- 4) seine in den zwei letztverflossenen Kalenderjahren fällig gewordenen Gemeindeabgaben nicht berichtigt hat.

Die Abtheilung 3 b des zweiten Abschnitts „Von der Vertheilung der Gemeindefasten“ erhält folgende Fassung:

Artikel 126.

Die in Gelbbeträgen bestehenden Gemeindefasten werden auf die Bürger, die Einwohner, die im Gemeindebezirk ihren Wohnsitz oder doch eine dauernde Vertretung habenden juristischen Personen, Kommandit-Gesellschaften auf Aktien und Aktien-Gesellschaften und ähnliche Erwerbsvereine, welche selbständig Rechte erwerben und Verbindlichkeiten begründen können, sowie auf diejenigen, welche ohne im Gemeindebezirk zu wohnen, in demselben Grundstücke eigenthümlich besitzen, oder daselbst ein selbständiges Gewerbe betreiben, nach ihrem Einkommen vertheilt.

Ausgenommen von der Besteuerung sind die in § 5 und in § 15 Ziffer 1 bis 7 und Ziffer 9 des Gesetzes über die Steuerverfassung des Großherzogthums vom 18. März 1869 bemerkten Personen und Anstalten. Auch unterliegen Einziehende der Besteuerung erst dann, wenn ihr Aufenthalt in dem Gemeindebezirk die Dauer von drei Monaten übersteigt, solchen Falls aber mit rückwirkender Kraft auf die ganze Dauer des Aufenthalts.

Artikel 127.

§ 1.

Der Heranziehung zu den Gemeindesteuern unterliegt, soweit nicht nachstehend etwas Anderes geordnet ist, dasjenige Einkommen, mit welchem die Beitragspflichtigen in die drei Abtheilungen der Staatssteuerrolle des betreffenden Orts (ohne den Abzug von Schuldzinsen) eingestellt sind (§ 8 des neurevidirten Gesetzes über die allgemeine Einkommensteuer vom 10. September 1883).

§ 2.

Insofern in die zweite und dritte Abtheilung der Staatssteuerrolle Einkommen mit eingestellt ist, dessen Einschätzung nach § 7 des Gesetzes vom 10. September 1883 an einem anderen Orte stattgefunden hat, ist dasselbe — vorbehaltlich der Bestimmung im § 8 des gegenwärtigen Artikels — zu-